

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

selten klebte ein Politiker so öffentlich und voller Peinlichkeiten an seinem Amt wie die grüne Bundesfamilienministerin Anne Spiegel. Ihr Versagen begann bereits im letzten Sommer, als sie noch Landesumweltministerin in Rheinland-Pfalz war. Unter ihr als Ministerin wurden die von der sich abzeichnenden Flut ausgehenden Gefahren sträflich unterschätzt. Und als das Kind längst in den Brunnen gefallen war, zahlreiche Menschen gestorben und viele obdachlos geworden waren, ließ Spiegel die Öffentlichkeit noch mit falschen Informationen über ihren angeblichen Einsatz täuschen.

In einer Situation, in der manch anderer Politiker sofort aus dem Urlaub zurückgekehrt wäre, verabschiedete sie sich noch für ganze vier Wochen. Und während der kürzlichen Aufarbeitung ihres Verhaltens versuchte sie zunächst noch, die deutsche Öffentlichkeit wieder zu belügen, indem sie keck behauptete, auch während ihres Langzeit-Urlaubs zu allen Kabinettsitzungen aus der Ferne zugeschaltet gewesen zu sein. Als sich auch dieses Lügengebäude nicht mehr halten ließ, versuchte sie Mitleid zu erheischen, indem sie auf den angeschlagenen Gesundheitszustand ihres Mannes und das nach fast zwei Jahren „Corona“ strapazierte Nervenkostüm ihrer beiden Kinder hinwies.

Ohne diese Probleme zerreden zu wollen, muß doch die Anmerkung gestattet bleiben, daß andere Menschen von Ahr-Flut und Corona weitaus stärker beeinträchtigt waren, ohne daß sie die Möglichkeit hatten – oder auch nur daran dachten –, erst einmal vier Wochen in Urlaub zu fahren. Schließlich wurde es selbst Spiegels grünen Parteifreunden zu bunt und sie drängten ihre grüne Genossin zum Rücktritt, um weiteren Schaden von ihrer Partei (und damit auch sich selbst!) abzuwenden.

Die „Affäre Spiegel“ zeigte in erschreckender Deutlichkeit, zu welchen personalpolitischen Fehlentscheidungen es kommen kann, wenn Quotengedanken zum Maß aller Dinge werden. Die mit Amt, Verantwortung und Moral hoffnungslos überforderte Ministerin konnte (und das sagen inzwischen praktisch alle Beobachter ganz offen!) nur deshalb in die Bundesregierung gelangen, weil die Grünen nach einer Frau, die aus der linken Parteiecke stammt und die nicht mit einem wichtigen Parteiamt betraut war, suchten. Frau Spiegel brachte es gewissermaßen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Ihr bereits offenkundig gewordenen Versagen bei der Flutkatastrophe im letzten Sommer durfte dabei keine Rolle mehr spielen.

Ob die Grünen mit diesem Murks dem Streben nach weiblicher Gleichberechtigung einen Dienst erwiesen, darf zudem angezweifelt werden. Sie legten damit letztlich auch der neuen Bundesfamilienministerin Lisa Paus Steine in den Weg. Auch die langjährige grüne Bundestagsabgeordnete wäre von den Grünen niemals für dieses Amt vorgeschlagen worden, wenn sie nicht „weiblich und links“ wäre. Der böse und zur Zeit nicht zu beweisende Verdacht, wieder eine „Quotenfrau“ zu sein, lastet deshalb auch auf ihr. Dabei machte sie sich gerade in der vorhergehenden Legislaturperiode einen Namen als Finanzpolitikerin, weil sie im Wirecard-Untersuchungsausschuß den damaligen Finanzminister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mehr als einmal scharfzüngig kritisierte. Sie warf ihm unter anderem vor, stellenweise die Unwahrheit zu sagen. Jetzt sitzt sie an seinem Kabinettsstisch . . . (tb)

2 *Neue Stufe der Gewalt erschüttert Schweden*

Über die Ostertage kam es in Schweden zu heftigen Ausschreitungen, die in manchen deutschen Medien (z.B. dem ZDF) als „rechte Gewalt“ dargestellt wurden. Tatsächlich randalierten in der Mehrzahl muslimische Männer, die sich von Aktionen einer politisch eher unbedeutenden migrations- und islamkritischen Bewegung namens „Strammer Kurs“ des schwedischen Rechtsanwalts Rasmus Paludan beleidigt fühlten. Tatsächlich führte der „Stramme Kurs“ mehrere öffentliche Versammlungen durch, an deren Ende – als maximale Provokation – jeweils ein Koran-Buch verbrannt wurde. Ganz gleich, ob man diese Aktion gutheißt oder nicht – sie fällt in jedem Fall unter das in Schweden geltende Recht einer freien Meinungsäußerung.

„Wir haben schon früher gewalttätige Ausschreitungen gesehen . . . aber ich möchte sagen, daß dies etwas Anderes ist“, erklärte ein ranghoher Polizist. Nicht von der Hand zu weisen sei auch der Verdacht, „daß diejenigen, die Polizei und Rettungskräfte angreifen, mit kriminellen Banden in Verbindung stehen“.

In der ZDF-Berichterstattung hieß es dagegen allen Ernstes: „Nach der Genehmigung rechter Kundgebungen ist es in der Nacht in Schweden erneut zu Krawallen gekommen. In Malmö stand ein Bus in Flammen, nachdem Unbekannte ein brennendes Objekt auf das Fahrzeug geworfen hatten, wie der schwedische Sender SVT berichtete. Es gab auch Gegendemonstranten.“ Damit sollte wohl bewußt der (falsche) Eindruck erweckt werden, daß nicht etwa marodierende Muslime, die mit keinem Wort erwähnt wurden, sondern Rechtsradikale randalierend durch die schwedischen Städte gezogen seien. (tb)

3 China vor dem Wirtschaftsturm

Weil die Volksrepublik China eisern an ihrer einst verkündeten „Null-Covid-Strategie“ festhält, werden immer wieder Millionen Menschen in einen strengen Lockdown geschickt. Seit Wochen sind davon z.B. viele Bewohner der 25-Millionen-Metropole Shanghai betroffen. Die sich dadurch für die Wirtschaft abzeichnenden „Bremsspuren“ sind erheblich und werden erst in diesem Frühsommer auf die Wirtschaftsdaten durchschlagen.

Von Januar bis März dieses Jahres wuchs die chinesische Wirtschaft mit 4,8 % sogar noch ein bißchen stärker als es die meisten Experten (mit im Schnitt 4,2 %) erwartet hatten. Die beste Entwicklung ergab sich dabei in den Monaten Januar und Februar, während der März bereits eine deutliche Abkühlung erwarten ließ. In diesem Monat schrumpfte z.B. der private Konsum im Vorjahresvergleich um 3,5 % (und im Vergleich zum Vormonat um annähernd 2%).

Jetzt herrscht ein heftiger „Corona-Gegenwind“, in bis zu 87 der 100 wirtschaftlich bedeutendsten Regionen des Landes galten bzw. gelten mehr oder weniger scharfe Lockdown-Regelungen. Manche Fabriken standen bereits für mehr als fünf Wochen still (z.B. ein Werk des VW-Konzerns). Die damit verbundenen Produktionseinbußen können im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht mehr aufgeholt werden. Und selbst wenn mit Hochdruck produziert werden könnte, dürfte manche Ware kaum mehr an den Mann zu bringen sein. Von langen Lockdowns zermürbt und vorsichtig geworden, entschließen sich nämlich schon jetzt immer weniger Chinesen z.B. für den Neukauf eines Wagens. Zwischen Januar und März sank nicht zuletzt deshalb der VW-Fahrzeugabsatz im Reich der Mitte um fast ein Viertel! Hinzu kommt eine steigende Arbeitslosigkeit. Im März stieg die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 5,8 %, und mit 16 % ist die Jugendarbeitslosigkeit (zwischen 16 und 24 Jahre) auf einem bereits erschreckend hohen Niveau.

Bis jetzt trugen die noch tendenziell steigenden Exportzahlen zur Stützung der chinesischen Wirtschaft bei. Doch auch damit dürfte es bis auf weiteres ein Ende haben. Die weltweiten Lieferketten- und Logistikprobleme (nicht nur wegen Corona, sondern z.B. auch wegen des Ukraine-Krieges und der umfangreichen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland) werden auch die chinesische Exportdynamik dämpfen. Offiziell rechnen Chinas Statistiker schon jetzt mit einer im zweiten Quartal 2022 im Vergleich mit dem vorhergehenden Quartal zurückgehenden Wirtschaftsleistung.

Diese Entwicklung trifft Chinas Kommunistische Partei (KP) zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Denn ausgerechnet auf dem in diesem Herbst anstehenden, 20. Parteitag möchte sich Staats- und Parteichef Xi Jinping entgegen den bisher gepflegten Konventionen für eine dritte Amtszeit wiederwählen lassen. Schon jetzt hat der sich um Xi rankende Personenkult ein Ausmaß erreicht, das an China unter Mao erinnert – längst müssen sich z.B. Chinas Schüler mit Xis „klugen Gedanken“ befassen und diese unreflektiert verinnerlichen. Dazu „passt“ natürlich keine Rezession und selbst das angestrebte Wachstum von 5,5 % wäre für chinesische Verhältnisse als eher gering zu bezeichnen. Doch schon diese Marke scheint angesichts der parallel dazu verfolgten Null-Covid-Strategie nicht mehr erreichbar zu sein.

Inzwischen mehren sich deshalb die Anzeichen für eine erneute Öffnung der Geldschleusen. So wie im Jahr 2008, als die Zentralbank massenhaft Geld schöpfte, das zur Finanzierung staatlicher Investitionen in mehr – oder auch weniger – produktive Sektoren floß. Schon damals befriedigten die konjunkturellen Auswirkungen (vorsichtig ausgedrückt) nicht alle Wünsche. Aktuell dürfte dies noch weniger der Fall sein, weil Lockdown-bedingt „eingesperrte“ Bürger keine guten Kunden sein können . . .! Es ist deshalb zu erwarten, daß Chinas Volkswirtschaft in nächster Zeit zumindest heftig „husten“ muß. Für Westeuropa und die USA kann damit die Gefahr eines „grippalen Infekts“ verbunden sein! (tb)

4 Bidens „Minus-Punkte“

Gewissermaßen im Windschatten des die Medien beherrschenden Ukrainekrieges droht der Niedergang des aktuellen US-Präsidenten Joe Biden medial unterzugehen. Geschieht nicht noch ein Wunder, dürften Biden und die Demokratische Partei nach Auffassung der meisten Washingtoner Beobachter bei den in diesem Herbst anstehenden Zwischenwahlen ein Desaster erleben. Hierfür seien insbesondere die fünf folgenden Punkte maßgeblich:

1. Obwohl der Abzug der US-Verbände aus Afghanistan noch von Bidens Vorgänger Donald Trump mit den Taliban ausgehandelt worden war, ist Biden zum „Präsidenten des unrühmlichen Abzugs“ geworden. Dies nach Auffassung mancher Militärexperten auch zu Recht, weil der von diesen als dilettantisch organisiert bezeichnete Abzug zwar unter Trump vereinbart, aber unter Biden realisiert wurde.
2. Schon heute steht fest, daß Biden als ein „Präsident der Geldentwertung“ in die Geschichtsbücher eingehen wird. Lag die durchschnittliche jährliche Inflationsrate während der vier Jahre unter Trump bei knapp 2 %, stieg sie nach 16 Monaten Biden-Regierung auf bereits 8,5 %. Die damit zwangsläufig verbundenen Wohlstandsverluste berühren viele US-amerikanische Haushalte weitaus mehr als Fragen von Krieg, Klima oder gar „Gendergerechtigkeit“.
3. Unter Biden stieg zudem der – in den USA mit dem Brotpreis vergleichbare – Benzinpreis auf den Liter umgerechnet von rund 70 Cent auf jetzt 1,15 Dollar. Auch hier sind es die Stammwähler der Demokraten, die sogenannten „kleinen Leute“, die besonders leiden.
4. Unter Trump kam es auch zum Ukrainekrieg. Dabei sind große Teile der US-amerikanischen Öffentlichkeit weniger von dem damit verbundenen Blutzoll unangenehm berührt als vielmehr von der „Chuzpe“ Russlands, direkt vor der aktuellen NATO-Grenze einen Krieg zu wagen. Viele US-Amerikaner empfinden dies als eine nationale Demütigung, die unter dem Strich Biden angelastet wird.
5. Zu allem Überfluß verfügt Biden mit Kamala Harris nicht einmal über eine Vizepräsidentin, die seine Defizite ausgleichen könnte. Seine Kritiker überrascht dies nicht, denn wie auch in der Wirtschaft ist mit schwachen Führungskräften oft das zusätzliche Problem verbunden, daß sich diese mit oft noch schwächeren „Zuarbeitern“ umgeben.

Aber auch das soll noch gesagt sein: Positiv ist nach Auffassung ebenfalls nicht weniger Beobachter Bidens Ruhe, sein kühler Kopf zu erwähnen, die er in der gegenwärtigen, geradezu überhitzten weltpolitischen Lage aufzubringen vermag. Doch dies wird ihm und seiner Partei bei den Herbst-Wahlen wohl kaum helfen . . . (tb)

5 Russland und der Ferne Osten

Während in den beiden letzten Wochen die Kampfhandlungen in der Ukraine immer verbissener geführt wurden und das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte (die „Moskwa“) sank, führte der russische Zerstörer „Admiral Pantelejew“ im Ostchinesischen Meer eine Übung durch. Es ging darum zu üben, einen mittelgroßen und ebenfalls russischen Öltanker vor Angriffen zu schützen. Laut einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur „Sputnik“ soll dies dem Kriegsschiff gelungen sein.

Der Zeitpunkt dieses Manövers war keinesfalls zufällig gewählt. Russland ging und geht es darum, eine möglichst große maritime Stärke zu demonstrieren. Zum einen gegenüber der westlichen Welt, wo man im Kreml bemüht war und ist, den „Moskwa“-Untergang als einen Unfall und nicht als das Ergebnis eines furchtlichen Angriffs darzustellen. Die Ukraine behauptet dagegen, das Kriegsschiff mit zwei Raketentreffern versenkt zu haben, wobei dessen Abwehrsysteme mit Hilfe preiswerter Drohnen türkischer Produktion abgelenkt worden seien. Zum anderen sollte dies eine Demonstration maritimer Stärke gegenüber Japan sein, mit dem sich Moskau um einige Kurilen-Inseln streitet. Und schließlich wollte Moskau nach eigener Aussage auch der gesamten Welt demonstrieren, daß es zum Schutz seiner Öltanker und damit des russischen Rohölhandels jederzeit in der Lage sei.

Von der Volksrepublik China kam es zu keiner offiziellen Reaktion, was man in Moskau als Signal dafür wertete, daß sein Verhältnis zu China auch angesichts des Ukrainekrieges ungetrübt sei. Manche Peking-Kenner wollen aber gerade davon nicht mehr ausgehen. Erst kürzlich gab z.B. das offizielle Sprachrohr der chinesischen Kommunisten, die „Global Times“, bekannt, daß Peking spezielle Gesandte in eine ganze Reihe ost- und mitteleuropäischer Staaten senden wird, um bezüglich Chinas Haltung zum Ukrainekrieg (der in den betreffenden Staaten für sehr große Beunruhigung sorgt) „Missverständnisse auszuräumen“. Die Zeitung sprach dabei bereits ganz offen Pekings Sorge um seine Neue Seidenstraße-Aktivitäten an, für deren Erfolg gerade die osteuropäischen Länder von entscheidender Bedeutung sind. (tb)

6 Europas „Energie-Krisenpläne“

Russland war über Jahre hinweg der weltweit größte Exporteur von Öl und Erdgas, und dies nicht selten in die europäischen Staaten. Insbesondere in Mitteleuropa stellte sich dabei eine hohe Abhängigkeit von den russischen Exporten ein. Die Tschechische Republik importierte bisher z.B. ihr gesamtes Gas und die Hälfte des Öls aus Russland, ähnlich auch die Slowakei, wo man nun gerne Flüssiggas aus den USA und Katar beziehen würde, aber feststellen mußte, daß es europaweit an entsprechenden Terminal-Kapazitäten mangelt. Ähnlich ist die Lage in Ungarn, wo man sich offiziell aber nicht auf einen Lieferantenwechsel einstellen möchte. Rumänien kann immerhin 70 % seines Verbrauchs selbst fördern, doch auch der Rest stammt größtenteils aus Russland. Bulgarien wiederum hat sich bei Öl und Gas bisher fast vollständig auf russische Lieferungen verlassen.

In Westeuropa ist die Abhängigkeit von Russland weniger ausgeprägt, sieht man von Österreich, Deutschland und Italien ab. In Deutschland bemüht man sich intensiv um Flüssiggaslieferanten (vor allem aus den USA und Katar), verfügt aber noch über keine entsprechenden Hafenanlagen. Italien hofft auf zusätzliche Lieferungen aus Ägypten und Aserbaidschan. In Frankreich setzt man u.a. auf einen Ausbau der Kernkraft (!), ebenso wie auch Finnland. (tb)

7 „Genosse der Banker“

In der vorhergehenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vertrat die neue Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) ihre Fraktion im „Wirecard-Untersuchungsausschuß“. Über ihren heutigen „Chef“, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, der damals als Bundesfinanzminister keine gute Figur machte) urteilte sie seinerzeit wie folgt:

„In Sonntagsreden gibt Scholz gerne den aufrichtigen Sozialdemokraten – hinter den Kulissen ist er der ‚Genosse der Banker‘. . . . ‚Olaf Scholz hat zu mir die Unwahrheit gesagt.‘ . . . ‚So funktioniert das System Scholz: Spuren verwischen und Nebelkerzen werfen. Statt vollständiger Transparenz werden wichtige Details verschwiegen oder nur das zugegeben, was sich öffentlich nicht mehr leugnen läßt.“

Kurz nach Paus' Ernennung zur Ministerin freuten sich beide in ihren offiziellen Verlautbarungen auf die zukünftige Zusammenarbeit . . . (tb)

8 Wohnungsbau wird 2023 deutlich einbrechen

Spätestens für das Jahr 2023 erwartet man in den Branchenverbänden einen starken Einbruch beim Wohnungsbau. Während bereits begonnene Vorhaben trotz Materialmangels und rasant steigender Kosten – sofern keine Fixpreise vereinbart wurden – meistens noch zu Ende geführt werden, zeichnet sich bei der Planung neuer Bauvorhaben eine zunehmende Zurückhaltung ab. Dies betrifft auch die sozial orientierten Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, weil die Schere zwischen realisierbarer Miete und Baukosten gerade hier immer weiter auseinanderklafft.

Nicht wenigen Bauunternehmen, die mit ihren Auftraggebern Festpreise vereinbart haben, drohen damit existenzgefährdende Verluste. Viele Betriebe lehnen deshalb aktuell Festpreisvereinbarungen ab oder erstellen gar keine Angebote mehr, heißt es beim Bauindustrie-Hauptverband. Die Zahl der neu auf den Markt kommenden Wohnungen wird deshalb in diesem Jahr noch ein neues Hoch erreichen, um ab 2023 dann voraussichtlich deutlich abzunehmen. Wer jetzt noch gute und günstige Bestandswohnungen erwerben kann (wie es z.B. der von uns vor einigen Wochen vorgestellte Fonds praktiziert), dürfte für die dann wieder veränderte Situation bestens „gerüstet“ sein.

Die aktuellen Probleme betreffen nicht nur den Hoch- sondern auch den Tiefbau und damit in besonderem Maße die öffentliche Hand. Um Insolvenzen vorzubeugen, versuchen Bund und Länder zunehmend, den Bauunternehmen mit sogenannten Preisgleitklauseln entgegenzukommen. Die dabei drohenden Mehrkosten, auch das ist ein Teil der Wahrheit, belasten dann in letzter Konsequenz die deutschen Steuer- und Gebührenzahler. Eine Besserung der Lage ist nicht in Sicht: Der Ukrainekrieg und immer neue Lockdowns in China sorgen für beständig steigende Baumaterialpreise und der in diesem Herbst auf 12 €/Stunde steigende Mindestlohn wird auch bei den darüber liegenden Lohngruppen für entsprechende Erhöhungswünsche sorgen, damit die Abstände gewahrt bleiben. (tb)

9 „Realitätsferne“ EZB?

Im gesamten Euroraum kämpfen Wirtschaft und private Verbraucher mit teilweise heftigen Teuerungsraten und die eigentlich in erster Linie der Währungsstabilität verpflichtete Europäische Zentralbank (EZB) scheint unter ihrer Präsidentin Christine Lagarde die letzte „Bodenhaftung“ verloren zu haben. Obwohl in Europa inzwischen die höchsten Inflationsraten der letzten 40 Jahre herrschen, hielt der EZB-Rat auf seiner bisher letzten Sitzung kurz vor Ostern stur an seiner ultraexpansiven Geldpolitik fest. Noch gutmeinende Beobachter wollen dies nur noch mit einer besonderen Art der Realitätsverweigerung erklären.

Tatsächlich ist die Lage in einigen Euroländern schon viel dramatischer, als es der Euro-weite Durchschnitt erwarten läßt. Denn während die Geldentwertungsrate im März dieses Jahres im Durchschnitt der Euro-Staaten „erst“ bei 7,5 % lag, erreichte sie in Estland und Litauen schon runde 15 %. Dies sind durchaus kritische Werte, die sich vor nicht langer Zeit selbst die kritischsten EZB-Beobachter nicht vorstellen konnten und wollten. Denn bei einer anhaltenden Geldentwertungsrate von 15 % p.a. verringert sich die Kaufkraft des Geldes in nur sechs Jahren um die Hälfte! Eine restriktive Geldpolitik wäre vor diesem Hintergrund mehr als angezeigt, doch die EZB ist hiervon noch sehr weit entfernt.

Tatsächlich heizt sie mit ihrer anhaltend expansiven Geldpolitik die Inflation noch weiter an. Zur Beurteilung dieser Frage lohnt ein Blick auf den „neutralen“ Zentralbank-Zins, bei dem die Geldpolitik weder restriktiv noch expansiv wirken würde. Leider können die Ökonomen diesen Zins nicht exakt berechnen, sondern nur näherungsweise schätzen – die meisten Fachleute verorten ihn zur Zeit zwischen 1,5 % und 2 %. Im Sinne einer inflationsbekämpfenden, restriktiven Geldpolitik müßte der Zentralbankzins über diesem Wert liegen. Stattdessen liegt der Einlagensatz (der zur Zeit die Funktion des Leitzinses übernommen hat) bei minus 0,5 % und der eigentliche Leitzins bei 0 %. Und damit nicht genug: Ihre geldmengenerhöhenden Wertpapierkäufe hat die Zentralbank auch noch nicht eingestellt. Hier ist ein Ende erst für das dritte Quartal 2022 in Aussicht gestellt . . .

Tatsächlich halten die EZB-Ökonomen noch an volkswirtschaftlichen Modellen fest, die die aktuell veränderten Einflußgrößen nur unzureichend oder gar nicht erfassen. Stark gestiegene Rohstoffpreise kommen darin z.B. ebenso wenig vor wie die Auswirkungen der langfristig gestörten Lieferketten. Noch vor wenigen Wochen (als die aktuellen Preissteigerungsrunden längst absehbar, wenn nicht sogar schon eingeleitet waren) gingen die EZB-Oberen für die Jahre 2023 und 2024 offiziell von einer Geldentwertungsrate von bis zu 2 % aus. Wie diese Werte jetzt noch erreichbar sein sollen, bleibt ein Geheimnis der EZB-Experten. Inzwischen drängt sich bei immer mehr Beobachtern der böse Verdacht auf, daß eine Mehrheit der EZB-Ratsmitglieder angesichts der in einigen Ländern sehr ausufernden Staatsschulden hohe Inflationsraten für gar nicht so schlecht erachten. Es wäre nicht das erste Mal, daß Staatsschuldenprobleme mit vernichtend wirkenden Inflationsraten „gelöst“ werden sollen! (tb)

10 Stagflation

Eine jahrelange Nullzinsphase und praktisch hemmungsloses „Gelddrucken“ verbunden mit staatlichen „Schuldenorgien“ haben die meisten Länder der Eurozone schon jetzt an den Rand des Ruins gebracht. Es wäre deshalb schon längst an der Zeit gewesen, den Bürgern reinen Wein einzuschenken und ihnen klarzumachen, daß die von den Politikern mit Wonne verteilten „Wohltaten“ letztlich von den Steuerzahlern – und das voraussichtlich über Generationen hinweg – erarbeitet und bezahlt werden müssen. Doch während noch eine gegenteilige Illusion gepflegt wurde und wird, kamen bzw. kommen weitere Milliardenlasten hinzu. Zu denken ist in diesem Zusammenhang z.B. an das 100-Milliarden-Rüstungsvorhaben für die Bundeswehr (das den offiziellen russischen Rüstungsetat klein erscheinen läßt), die für die Ukraine absehbaren Wiederaufbau-Milliarden (Deutschland wird wohl, sofern die Ukraine als Staat weiterhin existiert, deren größter Geldgeber bleiben) sowie die unzähligen Milliarden, die für eine „klimaneutrale“ Umstellung unserer Energieversorgung aufzubringen sind.

Die sich abzeichnende Inflation ist aus Sicht mancher Verantwortlicher wohl ein Teil der „Lösung“ (der „Wert“ der Staatsschulden sinkt), doch sie wird gleichzeitig auch manche Probleme verschärfen. Denn wer für seine Ernährung, das Wohnen und Heizen und auch den Kraftstoff immer mehr Geld auf den Tisch legen muß, kann im Gegenzug nicht mehr so viel Geld für den Urlaub, den Fernseher oder das neue Fahrrad ausgeben. Die dadurch sinkende Nachfrage wird zu steigender Arbeitslosigkeit und damit weiteren Wohlstandsminderungen führen. Es wird zu einer Phase anhaltender Geldentwertung bei gleichzeitigem Rückgang der Wirtschaftsleistung kommen, Stagflation genannt – eine von Ökonomen oft als unangenehm-gefährlich bezeichnete, weil nur sehr schwer zu bekämpfende Schieflage. Wenn seitens der Politik nun verstärkt auf „Corona“ und „Ukrainekrieg“ als hauptsächliche Ursachen verwiesen wird, muß dies als reine Lüge, als ein Ablenken von den wahren Schuldigen bezeichnet werden. Denn die Grundlagen wurden Jahre vorher gelegt mit einer hemmungslosen Geldvermehrung! (tb)

11 Transnationale EU-Abgeordnete

Im Mai soll das Europäische Parlament über ein Reformpaket abstimmen, mit dessen Hilfe zukünftige EU-Wahlen flüssiger über die Bühne gehen sollen. Doch gleichzeitig geht es dabei auch um transnationale Wahllisten für die Kandidaten, was nach Auffassung von Kritikern die Abgeordneten immer weiter von ihren Heimatregionen entfremdet wird. Auf Antrag des spanischen sozialistischen EU-Abgeordneten Domènec Ruiz Devesa sollen dazu transnationale Listen aufgestellt werden, wodurch man z.B. in Deutschland spanische oder französische Abgeordnete wählen könnte. Während die Mehrzahl der potentiellen deutschen Wähler kaum wissen dürfte, wofür diese Kandidaten eigentlich eintreten, dürften die potentiellen Abgeordneten selbst auch nichts über die besonderen Bedürfnisse und Befindlichkeiten ihrer in anderen Ländern ansässigen Wähler wissen. Die ureigensten Bedürfnisse der in den verschiedenen europäischen Regionen lebenden Menschen würden damit nach verbreiteter Kritikerauffassung hintenangestellt, die Macht des Brüsseler Verwaltungsapparates würde noch verstärkt. (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Es ist keine Höflichkeit, dem Lahmen den Stock tragen zu wollen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.